

# Die AfD in der Nationalsozialismus-Falle

Von linken Parteien haben wir genug

*Von Roland Woldag*

<http://www.ef-magazin.de/2016/05/27/9115-rechts-und-links-die-afd-in-der-nationalsozialismus-falle>



Werden beim Vermischen braun: Farben

Die AfD-Führung drückt sich seit ihrer Gründung um das Bekenntnis, eine rechte Partei zu sein, da der linkssozialistische Gegner das Gelände weltanschaulich-propagandistisch sowie judikativ vermint hat und das deutsche Volk durch jahrzehntelange Konditionierung bei dem Begriff „rechts“ zusammenzuckt wie ein geprügelter Hund.

Ohne eine klar ausgesprochene und öffentlich selbstbewusst vertretene Standortbestimmung im politischen Spektrum bleibt diese Partei jedoch hinter ihren argumentativen Möglichkeiten zurück und verstrickt sich fortlaufend in Identifikationsproblemen, die sie zum Spielball linker Demagogen machen.

Hier eine auf-rechte Haltung zu finden, ist weder schwierig noch gefährlich, da es genügt, sich die Positionen zu vergegenwärtigen, die CDU und FDP noch vor 30 Jahren selbstverständlich vertraten: freiheitlich, marktwirtschaftlich, liberal, dem nach seiner Abstammung deutschen Volke verpflichtet. Diese Parteien verorteten sich damals selbstverständlich als rechts der Mitte. Die Mitte ist nichts anderes als eine Linie, die linke Etablierten von rechten Freiheitlichen scheidet.

In einer Dokumentation des staatlichen Rotfunks über das Berlin der 50er und 60er Jahre berichtete kürzlich ein Zeitzeuge, dass die Westberliner Schilder an der Sektorengrenze aufstellten, auf denen „Lieber tot als rot“ stand, und er kommentierte dies dann mit den Worten: „Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.“ Eben, das ist heute das Problem – auch bei der AfD-Führung: Die fehlende Courage angesichts der überwältigenden Machtentfaltung des Linksstaates, der 100 Millionen Steuer-Euronen für den „Kampf gegen rechts“ ausgibt, um nichtlinke, ideologisch unangepasste Verteidiger des Rechtsstaats mundtot zu machen, und es sogar vermag, allein die Vorstellung politischer Opposition von rechts als verdammungswürdig zu kriminalisieren. Ein Staat, der seinen Bürgern 100 Millionen raubt, um die Wahnvorstellungen einer fanatischen linksextremen Minderheit

durchzusetzen, ist aber kein Rechtsstaat, sondern totalitär und erfordert eine regel-rechte Opposition.

Dazu muss man aber eine Vorstellung davon haben, was rechte und linke Parteien tendenziell voneinander unterscheidet.

#### Linke Parteien

Als links können alle Parteien gelten, deren Programm den vormundschaftlichen Sozialstaat anstrebt und dafür die Freiheit zur Selbstverantwortung zurückdrängt. In diesen Kontext gehören der Ausbau zentralistischer Strukturen, ein planwirtschaftliches Geldsystem in den Händen einer Zentralbank, Bargeldverbot, Eingriffe in die Eigentumsrechte der Privatwirtschaft bis hin zu Enteignungen im großen Stil, die Aufwendung öffentlicher Mittel zur Durchsetzung von Irrlehren wie beispielsweise den „Genderwissenschaften“, Gleichschaltung der öffentlichen Medien durch die Vorgaben des linken Parteienkartells sowie Zwangsgebühren für staatliche Propagandasender, die ideologische Engführung der Geisteswissenschaften, die Nivellierung des Bildungssystems auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, die Zerstörung der natürlichen Familie, die Aufgabe der nationalen, kulturellen und geschlechtlichen Identität des Menschen zugunsten einer sozialistischen Gleichheitsdoktrin, Gleichheits- und Antidiskriminierungsgesetze, Gesinnungsjustiz und vieles mehr. Linke Parteien sind kollektivistisch, totalitär, intolerant und freiheitsfeindlich und weisen sich in ihrer Endphase durch rasant steigende Opferzahlen in Kriegen und Bürgerkriegen aus. Diese Kriterien gelten in unterschiedlicher Ausprägung für alle Erscheinungsformen des Sozialismus von der rechten bis zur linken Fraktion dieser Ideologie, also von den Nationalsozialisten bis zu den Internationalsozialisten.

#### Nationalsozialismus

Das nationalsozialistische Konzept hat erkannt, dass sich der Sozialismus nur in einer homogenen Gesellschaft durchsetzen lässt, die sich vor der Plünderung ihrer Umverteilungssysteme durch Fremdvölker abschottet und sich im Inneren durch straffe Gesetze gegen Korruption schützt. Der deutsche National-Sozialismus als rechte Fraktion der sozialistischen Jugendbewegungen des 20. Jahrhunderts wahrte bis zur Radikalisierung im Verlauf des Zweiten Weltkriegs noch bürgerliche Freiheiten und hatte ein nur schwer zu korrumpierendes Rechtssystem nach den Standards des Kaiserreiches. Die Nazis hatten es deshalb nötig, ein Sondergericht (Volksgerichtshof) für ihre Gesinnungsjustiz einzurichten. Im Gegensatz zu den reinen linken Willkür- und Terrorsystemen Maoismus und Stalinismus basierte die Wirtschaft des Nationalsozialismus noch auf Privateigentum und war bürgerlich geprägt. Der deutsche Nationalsozialismus stand der Mitte von links weit näher als der Kommunismus, daher scheint er für viele Staatsgläubige heute noch verlockend, er bleibt aber als sozialistisches Konstrukt ein menschenverachtendes Raubsystem. Die Mitte verläuft nicht, wie uns heute weisgemacht wird, zwischen Nazis und Linken, denn dort sitzen heute wieder die Nationalbolschewisten vom Schlage eines Ernst Thälmann und größer werdender Teile der Parteigänger der „Linken“. Nazis und Linke spielen das gleiche Spiel zu den gleichen Regeln gegeneinander, nur Aufstellung und Taktik sind unterschiedlich. Sie sind wie Vereine, die der gleichen Sportart nachgehen und sich konkurrierend gegenüberstehen.

#### Internationalsozialismus

Der Internationalsozialismus unterscheidet sich vom Nationalsozialismus in seiner Ausdehnung und seinem Allmachtsanspruch: Es ist der Globalismus unserer Tage, finanziert und durchgesetzt von der neokonservativen (also trotzlistischen) Hochfinanz der US-Ostküste. Der Internationalsozialismus übertrifft den Nationalsozialismus vor allem in seiner Hybris. Sozialistische Systeme arbeiten wie besessen an der Einebnung der Vielfalt der Völker und Kulturen, oder wie Anna Loos von der linken Ostband Silly selbstentlarvend auf ihrem neuen Album singt: „Die Welt ist so bunt, lasst uns die Farben vermengen.“ Ich habe das erst für Satire gegen den Gleichheitswahn unserer Tage gehalten, denn immerhin gehörte die Band in der Wendezeit zur Opposition, Silly meint es aber ernst. „Silly“ heißt im

Englischen nicht umsonst „blöd, einfältig, töricht, dumm“. Wenn man bunt mischt, kommt braun heraus, und je mehr Blut dabei fließt, desto roter wird's. Der Sozialismus aller Farben hat sich historisch nie um das Völkerrecht geschert und tut es auch heute nicht.

Das internationalsozialistische Konzept ist so vermessen, den ganzen Globus einer rigiden Weltregierung unterwerfen zu wollen, die die totale Kontrolle über die Völker anstrebt, diese durch Vermischung zu homogenisieren sucht und so ein konkurrenzloses Machtsystem etabliert, das nur noch durch Invasoren aus dem All zu beseitigen wäre.

Der kommunistische Traum von der Weltrevolution entwickelte sich schon seit 1918 zügig zum Alptraum, vor allem für die eigenen Völker. Die Terroropfer der linken Raserei belaufen sich auf circa 85 Millionen, allein Maos „Großer Sprung“ kostete über 40 Millionen Menschen das Leben. Nachdem die Weltrevolution durch das Proletariat nicht in Gang kommen wollte, versuchen nun die zu Geld gekommenen „neokonservativen“ Trotzlisten die Revolution von oben. Russland scheint von dem Wahn geheilt, seine Trotzlisten sitzen heute in Washington. So geht Ironie der Geschichte, die meisten dieser neokonservativen „Weltrevolutionäre“ haben die gleichen familiären Wurzeln wie die Bolschewisten, nämlich im vorrevolutionären Russland des ausgehenden 19. Jahrhunderts. „Neokonservative“ war ursprünglich nur eine Spottbezeichnung für die von den Demokraten zu den Republikanern übergelaufenen Linksextremen aus dem trotzlistischen Milieu. Russland hingegen steht heute für den Widerstand der Völker gegen den US-Trozkismus und seine permanente Revolution durch Chaos und Krieg. „Ordo ab Chao“ ist das Freimaurermotto der Globalisierer für die Neue Weltordnung (NWO-Kommunismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus, Marx-Kapitalismus).

#### Rechte Parteien

Als rechts können alle Parteien gelten, die genau in die Gegenrichtung tendieren, also zu dezentralen Strukturen und der Selbstverantwortung innerhalb eines subsidiären Systems. In dieser Ordnung ist es der höheren Einheit verboten, die Dinge zu regeln, die die kleinere Einheit aus sich heraus zu leisten imstande ist. Das würde beispielsweise die sofortige Abschaffung des Familienministeriums bedingen, denn das Familienministerium betreibt durch die Förderung von Familienersatzsystemen gewollt die Zerstörung der Leistungsfähigkeit der natürlichen Familie. Das Familienministerium arbeitet gegen das Grundgesetz, das den besonderen Schutz der Familie festschreibt.

Rechte Parteien bevorzugen eine unipolare Welt der Vielfalt der Nationen und Kulturen in einem Europa der Vaterländer, so wie es das Völkerrecht vorsieht. Rechte Parteien schützen den Rechtsstaat und hebeln ihn nicht aus, wie das linke SED-Parteienkartell unter der Führung der CDU-Kanzlerin Merkel, die sich nicht nur über nationales, sondern auch internationales Recht selbstherrlich hinwegsetzt wie ein linker Diktator.

Rechte Parteien sind national, jedoch nicht sozialistisch. Das ist der entscheidende Punkt! Bei der AfD-Führung hat man jedoch oft den Eindruck, dass sie sich vom Nationalen abzugrenzen sucht, um nicht „in die rechte Ecke“ gestellt zu werden, jedoch beim Erhalt des sozialen Status quo der Kostgänger einer aus der Balance geratenen Gesellschaft kompromissbereit zu sein scheint. Genau in diese Richtung hat sich auch der Front National entwickelt, zu einer deutlich erkennbar national-sozialistischen Partei: zentralistisch, sozialistisch, nationalistisch, wie nach dem Ende des Ancien Régime für Frankreich üblich. Eine AfD, die sich nicht von allen Erscheinungsformen des Sozialismus von Rot über Grün bis Braun abgrenzt, wird zwangsläufig ebenfalls zu einer nationalsozialistischen Partei werden, denn der Sozialismus ist die vom ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof in seinem Buch „Das Gesetz der Hydra“ beschriebene Plage, der immer neue Köpfe wachsen, wenn man sie nicht konsequent und kompromisslos aushungert. Nationalsozialistisch und nationalkonservativ sind Gegensätze, daher kann der Aufenthalts- und Bestimmungsort der AfD nur rechts der Mitte, und weit vom rechten Flügel der Sozialisten, also den Nationalsozialisten von NPD und Front National, sein. Ein AfDler muss die Frage: „Sind Sie etwa ein Rechter?“ frei und ungezwungen mit „Selbstverständlich, Sie etwa nicht?“ beantworten können, ohne das Gefühl zu haben, sich rechtfertigen zu müssen: „Ich bin

rechts, denn ich bin kein Sozialist, weder ein roter, brauner noch grüner.“ Punkt, aus. Sozialisten waren die Massenmörder des 20. Jahrhunderts und niemand anders, von Anhängern dieser „Traditionslinie“ hält man sich frei. Hitler hat sich in seinen Reden erstaunlich oft als Sozialist bezeichnet, ohne das Attribut „National-“ davorzusetzen, das kann im Internet nachgehört werden. Stalin, Mao, Pol Pot waren es ebenfalls. Wer will den bedeutendsten Kronzeugen ihrer Zeit ihr Sozialistsein absprechen?

Das „Brainstorming“ durch die vielen hervorragenden Vorträge auf der Herbstkonferenz von eigentümlich frei ist dann konsequenterweise zu demselben Ergebnis bei der Einordnung aller Erscheinungsformen des Sozialismus gekommen. Giselher Suhr, ehemaliger Moderator der Sendung „Kennzeichen D“ in den 80ern, schloss seinen Vortrag unter Beifall mit dem Statement „Jetzt erst rechts“ ab. Ich habe den Wahlslogan „AfD – Die rechte Alternative“ in einem Abendgespräch dem AfD-Vorstandsmitglied Dr. Alice Weidel anempfohlen, erntete jedoch nur Kopfschütteln und die Bemerkung: „Das ist nicht vermittelbar.“ Wenn das nicht vermittelbar ist, dann wohl nur Teilen des Vorstandes nebst größeren Bestandteilen der linkskonditionierten Sozialstaatsjunkies, jedoch nicht jenen, die erkannt haben, das bald 100 Jahre Dauersozialismus seit dem Ende des nationalliberalen Kaiserreichs im Jahre 1918 dabei sind, nicht nur die deutsche Nation endgültig auszulöschen. Solange sich die AfD nicht zu ihrem Rechtssein zu bekennen wagt, mag ich mich auch nicht zur AfD bekennen, denn ohne Courage und Konzept rechts aller Sozialismen wäre sie keine Alternative. Die Gescheiten in der AfD haben das erkannt. Von linken Parteien haben wir genug.

Allerdings muss man bei vielen heutigen Themen generell die Frage stellen, ob es nicht besser wäre, die Linken mit einzubinden, anstatt sie auszugrenzen und den Graben immer tiefer zu ziehen. Die Pole, zwischen denen sich Politik und gesellschaftliches Leben aufspannen, sind Freiheit und Übernahme von Verantwortung auf der einen und Unfreiheit mit Übergabe von Verantwortung an den Staat, an Lehrer, an sogenannte Experten und andere Dritte auf der anderen Seite. Oder auch: Heimat und Familie gegen internationales Nomadenleben in der weltweiten Industriegesellschaft und jeder für sich allein. Es sind Zweifel angebracht, ob sich das mit dem herkömmlichen Links-rechts-Schema oder gar mittels Parteien und Parlamentarismus überhaupt noch abbilden lässt. Als Alternative bietet sich das Konzept des Kreisauer Kreises an. Im Beschlusspapier der zweiten Kreisauer Tagung vom Oktober 1942 (Anmerkung: Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad am 31. Januar 1943) heißt es: „Staatsaufbau: Das Reich ist die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes. In seiner politischen Gestalt müssen sich echte Autorität und echte Mitarbeit und Mitverantwortung des Volkes verwirklichen. Sie steht auf der natürlichen Gliederung des Volkes: Familie, Gemeinde, Landschaft. Der Reichsaufbau folgt den Grundsätzen der Selbstverwaltung. In ihr vereinigen sich die sittlichen Werte der Freiheit und persönlichen Verantwortung mit den Erfordernissen von Ordnung und Führung. Dieser Aufbau will die Einheit und die zusammengefasste Führung des Reiches sichern und seine Eingliederung in die Lebensgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen. Die politische Willensbildung des Volkes vollzieht sich in Räumen, die für den Einzelnen überschaubar bleiben. Auf den natürlichen Gliederungen der Gemeinden und Kreise bauen sich landschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zusammengehörige Länder auf. Um eine wirksame Selbstverwaltung zu ermöglichen, sollen die Länder die Zahl von drei bis fünf Millionen Einwohnern umfassen. Die Aufgabenverteilung erfolgt nach dem Grundsatz, dass jede Körperschaft für die selbständige Erledigung aller Aufgaben zuständig ist, die sie sinnvollerweise selbst durchführen kann.“